Nummer 318

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

76. JAHRGANG

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: i. V. Arnold Seglitz, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Freitag, 11. Juli 1930

Privatangestellte unter Notopfer?

Ueberraschende Beschlüsse des Steuerausschusses.

Im Steuerausschuß des Reichstags wurde heute bei der Fortsetzung der Beratung des Reichshilfegesetzes eine sehr wesentliche Aenderung beschlossen, die das in der Moldenhauerschen Vorlage enthaltene und vom Minister Dietrich nicht übernommene Notopfer der Angestellten mit höheren Gehältern wiederherstellt.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrumsabgeordneten Dr. Föhr wurde ein Antrag der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei angenommen, wonach zur Reichshilfe auch herangezogen werden

„sonstige Personen, denen Einnahmen im Sinne des § 36 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes zufließen mit diesen Einnahmen, wenn sie den Betrag von 8400 Mark jährlich übersteigen, und wenn es sich nicht um Personen handelt, die nach § 69 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 in der Fassung des Gesetzes vom 12. Oktober 1929 für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind".

Mit der gleichen Mehrheit wurde ein Antrag der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei angenommen, der in die Reichshilfe einbezieht:

„Mitglieder des Aufsichtsrats (Verwaltungsrat) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und von sonstigen Kapital-Gesellschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechts, bei denen der Beitragspflichtige nicht als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen ist, mit Einnahmen der im § 35 Abs. 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Art" (Tantiemen).

Ein Antrag Colosser (Wirtsch.), auch die Gewerkschaftssekretäre und Syndici der Arbeitgeberorganisationen unter die Reichshilfe fallen zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Die Einbeziehung der Privatangestellten in das Notopfer würde in jedem Falle eine sehr wesentliche Abänderung des Regierungsprogramms bedeuten, auf dessen Unverletzlichkeit sich das Kabinett bekanntlich wiederholt festgelegt hat. Das Kabinett müßte sich also auf das entschiedenste weigern, die heutigen Beschlüsse des Steuerausschusses in das Programm mit zu übernehmen. Hinzu kommt ferner, daß die Deutsche Volkspartei gleichfalls ihre Zustimmung zu dem Programm davon abhängig gemacht hat, daß an dem ergänzten Programm nichts mehr geändert wird. Die Deutsche Volkspartei müßte also die neue Abänderung zum Anlaß nehmen, das ganze Programm abzulehnen. Es ist allerdings noch fraglich, ob der heute durch das Sondervorgehen des Zentrumsabgeordneten Föhr und der Wirtschaftspartei zustandegekommene Ausschußbeschluß im Plenum eine Mehrheit findet, weil es noch ungewiß ist, wie viele Mitglieder des Zentrums sich dem Abg. Föhr anschließen würden. Auf alle Fälle bedeutet der Ausschußbeschluß aber eine neue Erschwerung der ohnehin noch keineswegs entspannten parlamentarischen Situation, ja eine ernste Gefährdung des gesamten Regierungsprogramms.

— **Für die engere Zusammenarbeit in der zivilen Luftfahrt.** Der Genfer Sachverständigenausschuß für Zusammenarbeit in der zivilen Luftfahrt hat einer Anzahl von deutschen, französischen, belgischen und schweizerischen Anträgen zugestimmt, die eine engere Zusammenarbeit der Luftverkehrsgesellschaften und einen Ausbau des Dienstes zwischen Flugzeug und Eisenbahn sowie Post- und Passagiertransporten, die Bestimmung von internationalen Fernfluglinien, die Herausgabe einer internationalen Flugkarte sowie eine einheitliche Regelung der Luftpol-Zuschlagstaxen usw. vorsehen. Ein Redaktionsausschuß wird die Vorschläge genauer aufsetzen.

— **Der Direktor der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundssekretariats,** Sir Arthur Salter, hat seine Demission eingereicht. Salter hat seinerzeit an der Sanierung der Finanzen Oesterreichs und Ungarns mitgewirkt.

Wacht über den Osten!

Zum 10. Jahrestag der ostpreußischen Volksabstimmungen.

Während der Westen unseres Vaterlandes den endlich erreichten Abzug feindlicher Besatzungstruppen unter Anteilnahme der ganzen deutschen Nation festlich begeht, herrscht auch im abgeschnittenen Ostpreußen trotz aller Wirtschaftsnot und Bitterkeit für kurze Zeit Festtagsstimmung. Heute, am 11. Juli, kehrt der Tag zum 10. Male wieder, an dem gemäß den Bestimmungen des Versailler Diktates große Teile der ostpreußischen Grenzbezirke, im wesentlichen der Regierungsbezirk Allenstein und der östlich der Weichsel gelegene Rest des ehemaligen westpreußischen Regierungsbezirkes Marienwerder, darüber zu entscheiden hatten, ob sie deutsch bleiben oder polnisch werden wollten. Der Ausgang dieser Befragung ist eigentlich nie in Frage gestellt gewesen. Die Zeit der Abstimmung, zu der viele Zehntausende von stimmberechtigten Ostpreußen „aus dem Reich" in die Heimat geeilt waren, trug bis ins kleinste Dorf hinein den Charakter einer festlichen nationalen Bekundung, das Kennzeichen einer ersten vaterländischen Wiederaufrichtung nach all der Not und dem Dunkel jener schicksalsschweren Monate, die seit dem November 1918 den deutschen Osten zerrissen hatten und in ein völliges Chaos umzuwandeln drohten. Die Zuversicht über das Ergebnis der Abstimmung, der Stolz, seine Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande auch in den Tagen größter Not bekunden zu dürfen, äußerten sich vielfach in einer so freudigen Stimmung, daß man dahinter vielfach kaum die sorgenvolle und dann endlich mühsame Organisationsarbeit der Persönlichkeiten und Stellen vermuten konnte, denen der Dank für die erfolgreiche Abwicklung der Abstimmungsarbeit gebührt. In erster Linie ist hier der damals neugegründete Deutsche Schutzbund in Berlin zu nennen, der in Kärnten und Ostpreußen die ersten großen Proben dafür ablegte, welcher Leistungen eine zielbewußte Volkstumsarbeit fähig ist. Das Ergebnis, wonach sich in den Abstimmungsgebieten nahezu 100 Prozent der Bevölkerung zu Deutschland bekannten, weckte denn auch im übrigen Deutschland einen außerordentlich starken Widerhall und hat unendlich viel dazu beigetragen, daß in weiten Kreisen, namentlich der jungen Generation, der Blick aus dem engen und unerfreulichen innenpolitischen Geschehen heraus wieder auf die großen Aufgaben im deutschen Grenzraum gerichtet wurde.

Mit Recht ist oft genug die Frage gestellt worden, welches Interesse Polen an einer Abstimmung hätte haben können, deren eindeutiges Ergebnis zugunsten Deutschlands für jeden Sachkenner von vornherein feststehen mußte. Wenn man den Verlauf der ostpreußischen und der oberschlesischen Abstimmungen vergleicht, so fällt die Antwort nicht schwer: Wären den Polen im Sommer 1920 nicht durch die großen Erfolge der russischen Roten Armee militärisch die Hände gebunden gewesen, hätten nicht damals die Russen an der Weichsel vor Warschau und im Norden an der ostpreußischen Grenze gestanden, so hätte Ostpreußen zweifelsohne das gleiche Schicksal erlebt wie Oberschlesien: In der Form irregulärer Banden wären polnische Divisionen über unsere Grenze gerückt und hätten einen Volksaufstand vorgetäuscht; die Abstimmung, die, von Einzelerscheinungen abgesehen, nach monatelanger mühevoller Vorbereitung einem großen deutschen Volksfest glich, hätte im Zeichen blutiger Kämpfe und jede einwandfreie Feststellung ausschließenden Terrors stattgefunden. Und wenn auch zweifellos die ostpreußische Bevölkerung sich damals gegen derartige polnische Gewaltmaßnahmen mit allen ihr verbliebenen Mitteln zur Wehr gesetzt hätte, so wäre dennoch der Ausgang eines solchen Ringens in der damaligen Zeit, wo jede wirksame Hilfe von Berlin her in Frage gestellt war, sehr fraglich gewesen.

Es scheint außerordentlich notwendig zu sein, diese Zusammenhänge am heutigen Tage in Erinnerung zu rufen. Denn es geht nicht an, daß wir etwa den Abstimmungstag als einen endgültigen Sieg des Deutschtums über den polnischen Imperialismus betrachten und uns gewissermaßen mit dem damals Erreichten zufriedengeben. Es ist viel zu selten die Tatsache erwähnt worden, daß auch das amtliche Polen das Ergebnis der ostpreußischen Abstimmungen nur unter ausdrücklichem Protest angenommen hat, daß also die Zugehörigkeit unserer Grenzbezirke zu Ostpreußen und damit zum Reich bis zum heutigen Tage von Polen nicht als zu Recht bestehend anerkannt worden ist! Wir haben den Hinweis auf diesen Tatbestand oft genug vermißt, wenn Polen in Aufregung darüber geriet, daß der eine oder andere deutsche Staatsmann die Forderung aufstellte, der Weichselkorridor muß beseitigt werden.

Vergessen wir nicht, daß neben dieser nahezu in Vergessenheit geratenen Haltung der polnischen Staatsregierung eine durch reichliche staatliche Mittel gespeiste polnische Propaganda immer und immer wieder in durchaus unverhüllter Form die Losreißung Ostpreußens von Deutschland und seine Angliederung an den polnischen Staat gefordert hat, so daß dieses Ziel allmählich als eine unbedingte Staatsnotwendigkeit in das Denken der polnischen Bevölkerung und namentlich der heranwachsenden Schuljugend hineingedrungen ist. Vergessen wir ferner nicht, daß das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Polen heute ein anderes ist wie vor zehn Jahren. Damals war das deutsche Volk zwar durch Krieg und Revolution bis ins Innerste erschüttert. Und doch war es wehr- und kriegsgewohnt und besaß gegenüber seinen polnischen Nachbarn ein Ueberlegenheitsgefühl, dessen Berechtigung im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung auch von der übrigen Welt ohne weiteres wenn nicht anerkannt, so doch mitempfunden worden wäre. Heute ist das deutsche Volk, ist vor allem die deutsche Jugend des Waffen-

Furcht vor deutsch-italienischer Zusammenarbeit.

Briand gesteht Italien die geforderte Flottenbaupause zu.

Paris, 11. Juli.

Im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach Außenminister Briand gestern nachmittag über die französisch-italienischen Beziehungen. Er sagte, die Verhandlungen seien unterbrochen worden, weil die Atmosphäre durch gewisse Kundgebungen gestört worden sei, und gab die Vorschläge bekannt, die hinsichtlich des Flottenproblems und der übrigen zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen ins Auge gefaßt worden seien. Dann verlas er die Antwort an die italienische Regierung, in der erklärt wird,

daß kein Schiff vor dem Monat Dezember auf Kiel gelegt werden würde, so daß die Aufrechterhaltung des Status quo während der Verhandlungen zwischen den Regierungen gewahrt bleibe.

Briand sprach alsdann allgemein über die außenpolitische Lage und erklärte, daß seiner Ansicht nach ein Krieg in Europa nicht möglich und auch nicht zulässig sei (!). „Ich lege Wert darauf", so sagte er, „durch die Haltung Frankreichs zu zeigen, daß die Atmosphäre nicht gestört werden kann, wenn Frankreich seine Ruhe behält. Ich meine, daß Frankreich sich damit keineswegs herabsetzt, sondern im Gegenteil seine Stärke und seinen Friedenswillen beweist. **Das wesentliche ist, unsere auswärtige Politik mit unserer Sicherheit zu kombinieren und vor allem bei unserer Verteidigung auf uns zu zählen.** Ich habe niemals die nationale Verteidigung vernachlässigt, aber mich auch bemüht, der Welt den guten Willen Frankreichs zu beweisen (!), und ich bin glücklich, heute feststellen zu können, daß man unseren Friedenswunsch anerkennt (?)."

Briand äußerte sich alsdann über die näheren Umstände der Rheinlandräumung und über die Zwischenfälle im Rheinland und gab auch Kenntnis von den Instruktionen an den französischen Botschafter in Berlin. Zum Schluß sprach er über den Stand der Saarverhandlungen.

„Echo de Paris" will ergänzend berichten können, daß Briand auch erklärt habe,

noch vor Ablauf des Jahres sei eine weitgehende Entspannung in den französisch-italienischen Beziehungen zu erwarten.

Es sei völlig unnütz, an den Völkerbund zu appellieren, um den Konflikt zu regeln, der seiner Ansicht nach dadurch nur noch verschärft werden würde. Er sei überzeugt, daß sowohl in der Flottenfrage, wie auch über Tunis und Tripolitanien eine Verständigung möglich sei. Als Verhandlungsmethode komme diejenige in Betracht, die Rom genehm sei.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris", Pertinax, stellt hierzu fest, daß das französische Flottenbauprogramm nicht geändert worden sei.

Wenn Briand gestern vor der Kommission versucht habe, den Anschein zu erwecken, als ob Frankreich die italienische Forderung nach Flottenparität annehme, so tue er dies mit Rücksicht auf seine Pläne über die europäische Staatengemeinschaft, um den Schein zu wahren und Hoffnungen zu erwecken.

Im Gegensatz zu den beiden territorialen Problemen, wo längst Kompromisse gefunden werden könnten, sei die Frage der Flottenparität unlösbar. Wenn Italien heute von Frankreich die Flottenparität fordere, weil sonst keine Abrüstungsverträge zustande kommen könnten und weil dann wiederum Deutschland die Freiheit seiner militärischen Organisation gewinne, so sei dies nur ein scheinbar wichtiges Argument,

denn Deutschland werde die militärische Freiheit früher oder später doch zurückerhalten.

Außerdem aber müsse man zunächst die Frage stellen, ob Italien überhaupt noch freisei und nicht etwa seine Freiheit bereits durch sein Abkommen mit Ungarn und seine Angebote an Deutschland (!) aufgegeben habe.

Briand an Henderson: Keine Annahme des italienischen Paritätsanspruches.

London, 11. Juli.

Wie der Pariser Korrespondent der „Times"" meldet, hat Briand gestern abend eine offizielle Mitteilung an Henderson gesandt, in der er ihn von dem Beschluß der französischen Regierung unterrichtet, vor Ende des Jahres keine Schiffe auf Kiel zu legen, um die Flottenverhandlungen mit Italien zu fördern. „Times" fügt redaktionell hinzu, die französische Regierung weise in ihrer Mitteilung darauf hin, daß der Beschluß, den Schiffbau einzustellen, nicht so ausgelegt werden dürfe, als ob Frankreich sich dem italienischen Anspruch auf Flottenparität beuge. Die Hauptargumente in dem italienischen Memorandum seien auch weiterhin für Frankreich unannehmbar.

Italien angenehm überrascht.

EP **Mailand**, 11. Juli.

Die Annahme der von Italien vorgeschlagenen Flottenbaupause für Frankreich während der Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen hat in Italien die größte Ueberraschung hervorgerufen, und zwar um so mehr, als man bereits mit einer stillschweigenden französischen Ablehnung gerechnet hatte.

Der „Corriere della Sera" bemerkt, die Erklärungen Briands würden von denen mit Genugtuung aufgenommen werden, denen gute italienisch-französische Beziehungen am Herzen lägen. Die Einstellung des Wettrüstens der beiden Flotten zur Erleichterung der Verhandlungen zwischen Paris und Rom bilde eine angenehme Ueberraschung an dem Tage nach der Behauptung des offiziösen „Temps", Frankreich habe kein Interesse daran, die in Gang befindlichen Flottenbauten zu unterbrechen.

Die deutsche Antwort an Briand.

Pariser Tendenzmeldungen.

Wie die TU erfährt, dürfte die deutsche Antwort auf Briands Paneuropa-Memorandum den Gedanken der paneuropäischen Union zwar grundsätzlich bejahen, im übrigen aber im wesentlichen vorsichtig ablehnend gehalten sein. Die deutsche Regierung dürfte jedenfalls die Zustimmung zur Bildung der paneuropäischen Union von einer Reihe von Punkten abhängig machen, so u. a. von der Durchführung der europäischen Abrüstung und der Revision der Friedensverträge. Gegenüber ausländischen Pressemeldungen, die davon wissen wollten, daß ein Gedankenaustausch zwischen Rom und Berlin in der Angelegenheit stattgefunden habe, ist festzustellen, daß dies nicht der Fall gewesen ist. Die deutsche und die italienische Note werden sich also nur zu einem gewissen Teil decken. Die Veröffentlichung der deutschen Antwort dürfte voraussichtlich erst zum 15. Juli, nach der Ueberreichung der deutschen Antwort an Briand erfolgen.

TU Rom, 11. Juli.

Zu den Behauptungen des „Temps", die deutsche Paneuropa-Antwort stütze sich auf die italienische Antwort, schreibt das „Giornale d'Italia": „Wir können den französischen Propheten versichern, daß in dieser Hinsicht zwischen Rom und Berlin keine vorherige Verständigung erfolgt ist. Die italienische Politik ist selbständig. Es kann der Fall eintreten, daß die italienische Politik Deutschland oder anderen Ländern besonders paßt, aber das ist nicht der beabsichtigte unmittelbare Zweck der italienischen Politik." Auf die französischen Verständigungsvorschläge an Deutschland eingehend, erklärt das halbamtliche italienische Blatt, die französischen Annäherungsbestrebungen an Deutschland schienen entweder in Vorherrschaftsgelüsten begründet, die mit der Neutralität Deutschlands vereinbarlich werden sollen oder sie gingen von dem Wunsch nach einer Offensivblockpolitik aus. In jedem Falle seien sie antieuropäisch. Die italienische Politik hingegen, die auch Deutschland genehm sein könne, stehe im Gegensatz zu Vorherrschaften in Europa und zu Koalitionen, die Europa zersplitterten, statt zu einigen.

Der polnische Basal klatscht Beifall.

TU Warschau, 11. Juli.

Die polnische Morgenpresse veröffentlicht am Freitag eine kurze Inhaltsangabe der polnischen Antwort auf Briands Paneuropa-Vorschlag. In der Note stellt sich Polen vollkommen auf den Standpunkt Frankreichs, was auch wiederholt hervorgehoben wird und besonders in der Unterstreichung der Forderung klar zum Ausdruck gebracht wird: Zuerst und vor allen Dingen politische Sicherheit! Mit einem Seitenblick auf Sowjetrußland wird u. a. erklärt, die pan europäische Union sei von keiner Seite gegen ein anderes Volk gerichtet und trage daher keinerlei Angriffscharakter.